

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1530.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 10.

Donnerstag, 12. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig, durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Käufern für die Nummer des Ausgabestages sind die 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Rundschreibzelle (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Restlamelle 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50^o, Aufsätze, Feils Tarife, Bemittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontors gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterehaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger, oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Kreditaktion für die Landwirtschaft.

Bei der großen Kreditaktion, mit der man der notleidenden Landwirtschaft zu Hilfe kommen will, handelt es sich bekanntlich um eine Art von Umschuldung. Es sollen nicht etwa neue Schulden gemacht werden, denn schon heute wird die Gesamtverschuldung der deutschen Landwirtschaft auf 12 1/2 Milliarden Reichsmark geschätzt. Aber ein nicht unerheblicher Teil dieser Gesamtverschuldung besteht aus Personalkrediten kurzfristiger Natur und aus sogenannten Schwimmkrediten, also auslaufenden Privatschulden bei Viehhändlern, Handwerkern und dergl. Man besitzt die Gesamtsumme dieser beiden Arten von unfindlichen Schulden auf rund 4 Milliarden Mark. Gerade in diesen letztgenannten Schulden aber liegt die große Gefahr für die Landwirte, wenn sie derartige Schulden am Verfalltermin nicht zu bezahlen vermögen. Die Aufgabe muß also zunächst die sein, diese schwebenden Schulden in Realloans umzuwandeln, indem man den Schuldnern die Möglichkeit gibt, weitere Realloans auf ihr Grundvermögen aufzunehmen, und zwar solche langfristiger Natur. Hierdurch allein können sie dazu kommen, die laufenden Schulden abzutragen und sich in ihrer Wirtschaft die Hände freizumachen.

Man hat vielfach die Frage aufgeworfen, wie es dazu kommen konnte, daß die Landwirtschaft in so erheblichem Maße durch Personalschulden belastet wird, und daß diese Schulden sich in so raschem Tempo vermehren konnten. Die Antwort liegt einmal in der Notwendigkeit, immer mehr zur intensiven Bewirtschaftung des Grund und Bodens überzugehen, andererseits in dem unbedingten Ausfall der Ernte des Jahres 1927. Die kürzlich veröffentlichten Reformvorgaben des Reiches der Kali-Industrie zeigen, daß die deutsche Landwirtschaft im verflochtenen Jahre bemutet gewesen ist, inwieweit viel Anwendungen zu machen, um ihren Ernteertrag zu heilen. Der Erfolg ist aber leider hinter den Erwartungen erheblich zurückgeblieben. Allerdings übertrifft das Ergebnis der Getreideernte dasjenige des Jahres 1926 nicht unerheblich, wenn man von Hafer absteht. Aber der Mehrertrag entspricht keineswegs den erhöhten Aufwendungen von künstlichen Düngemitteln, die die Landwirtschaft zum Zwecke der Ertragssteigerung gemacht hat. Dazu kommt noch, daß Unwetter und Ueberschwemmungen in einem Teile Deutschlands, so namentlich in den Provinzen Pommern und Brandenburg, den Ernteertrag besonders ungünstig beeinflusst haben. Wieder andere Schädigungen haben sich in der vor ihm übrigen Reich abgetrennten ostpreussischen Landwirtschaft bemerkbar gemacht, so daß für die meisten eine besondere Nothilfe notwendig geworden ist. So ist im Grunde genommen die wachsende Verschuldung der Landwirtschaft nichts anderes als ein äußeres Zeichen ihrer wachsenden Notlage auf dem Gebiete der Erzeugung. Die Landwirte müssen Schulden machen, um ihren Boden ordentlich und intensiv zu bewirtschaften, und wenn dann das Ergebnis nicht mit geborgten Geldern gemachten Anwendungen nicht entspricht, so können die Schulden nicht zurückgezahlt werden. Die Gefahr ist geringer, wenn es sich um langfristige Realloans handelt, denn hier verleiht sich die Last auf eine große Reihe von Jahren. Aber kritisch wird die Lage immer bei den kurzfristigen Personalkreditverträgen, wenn es bis zum Fälligwerden der Schuld nicht gelungen ist, die erhofften Ertragsgründe aus dem Boden herauszuholen. In einer solchen kritischen Lage befindet sich die Landwirtschaft gegenwärtig, und sie kann nur dadurch befreit werden, daß man Möglichkeiten schafft, um die kurzfristigen Schuldverpflichtungen in möglichst langfristige, die höherverzinslichen in niedriger verzinsliche umzuwandeln.

Wo kann man aber in Deutschland gegenwärtig vier Milliarden Mark herbeschaffen, um diese große Umschuldung für die Landwirtschaft durchzuführen und gleichzeitig die gegenwärtigen zu hohen Zinssätzen der Landwirtschaft zu reduzieren? Eine ganze Reihe von Projekten liegen vor, zu denen versucht wird, dieses Problem auf die eine oder andere Weise zu lösen. Bekannt sind die Programme des Abgeordneten Schönerbe-Schönerbe, des Reichstagsabgeordneten Jäger und des Landwirtschaftsministers Dr. Steyer. Aber alle diese Programme haben darunter, daß sie sich ein zu weit gestecktes Ziel stellen. Solange die gegenwärtige deutsche und internationale Weltlage andauert, erscheint es unmöglich, sei es im Inlande, sei es im Auslande, eine Anleihe von 4 Milliarden Mark oder einer ähnlich großen Summe aufzunehmen, um mit dem Ertrage die Umschuldung in der Landwirtschaft durchzuführen. Wenn man das Ganze nicht erreichen kann, so begnügt man sich in der praktischen Politik mit einem Teile. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steyer hat deshalb versucht, zunächst einen anderen Ausweg zu finden, um den dringenden Kreditbedarf der Landwirtschaft abzuwehren. Er will vor allem denjenigen Landwirten helfen, denen verhältnismäßig am leichtesten helfen werden kann. Das sind die, deren Betrieb an sich gesund ist, die noch nicht übermäßig verschuldet sind und die nur dadurch in eine gefährliche Lage gekommen sind, daß sie zur Intensivierung ihrer Betriebe schwerer nur kurzfristige Personalkredite anstatt langfristige Realloans aufgenommen haben. Dr. Steyer glaubt, daß es durchführbar sein würde, diesen wirtschaftlich gesunden landwirtschaftlichen Betrieben Realloans an erster oder zweiter Stelle zu verschaffen und sie auf diese Weise zu sanieren. Die Voraussetzung zur Durchführung dieses Vorstoßes wäre aber zweifellos eine Reorganisation der Preussischen, die ihre Wirksamkeit möglichst auch auf das gesamte Reich ausdehnen sollte. Wenn man den gefährdeten Betrieben die Möglichkeit schaffen will, im nächsten Frühjahr wiederum intensive Wirtschaft zu treiben, so muß die Hilfsaktion sehr schnell wie möglich einsetzen. Man sieht sich um eine allgemeine oder, wie der preussische Landwirtschaftsminister vorschlägt, um eine individuelle, nur nach Prüfung des einzelnen Falles an

Schweres Explosionsunglück im Hamburger Hafen.

Etwa 35 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt.

Hamburg. (Hantspr.) Heute morgen kurz vor 7 Uhr hat sich im Hamburger Hafen ein schweres Explosionsunglück ereignet. Auf einer mit Schanerleuten besetzten Barkasse der Hamburger Steuerbehörde ist ein mit Leinwand beschütztes Feuerwerk in Brand geraten. Die Barkasse geriet in Brand und ein großer Teil der Arbeiter sprang im letzten Augenblick in schwer verletztem Zustand über Bord. Zahlreiche Schwerverletzte, die geborgen werden konnten, wurden in das Ostseerankenhaus eingeliefert.

Hamburg. (Hantspr.) Auf der Barkasse, auf der sich die Explosion ereignete, befanden sich insgesamt 90 Personen. Schnell herbeigeeilte Barkassen, Rührdampfer und Schleppdampfer retteten die über Bord gesprungenen Arbeiter, die aus dem Eise geholt wurden. Nach den bisherigen amtlichen Feststellungen sind etwa 35 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt. Die meisten der Verletzten befinden sich im Ostseerankenhaus, 2 Arbeiter werden noch vermisst. Die Barkasse wurde geborgen.

Hamburg. (Hantspr.) Zu dem bereits gemeldeten Unglück im Hamburger Hafen bemerkt der Polizeibericht, daß nach Polizeiverordnung zum Zwecke der Sicherung der Personen- und Güterbeförderung im Hafen derartige Barkassen in zweijährigen Zwischenräumen behördlich überprüft werden. Die fragliche Barkasse ist von der Polizeibehörde und Hauptleutnant v. d. Hagen am 28. 12. 1926 überprüft worden. Sie war für 34 Personen zugelassen. Der Polizeibericht behält schließlich, daß noch 2 Personen vermisst werden.

gewährte Kredithilfe handeln, die Hauptfrage ist, daß der gefährdeten Landwirtschaft so schnell wie möglich die aller- notwendigste Hilfe gebracht wird.

Reichskonferenz der Eisenindustrie.

Berlin. (Telunion.) Gestern fand in Berlin eine Zusammenkunft von Vertretern der eisenwerkenden und verarbeitenden Industrie statt, in der die Frage einer Eisenpreiserhöhung besprochen wurde. Infolge der jüngsten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Lohnsenkung in der Eisenindustrie, sowie mit Rücksicht auf eine Reihe anderer die Selbstkosten steigenden Ursachen steht in den bevorstehenden Sitzungen der Verbandsverbände der Eisenindustrie die Preiserhöhungsfrage zur Beratung. Die Vertreter der Eisenverarbeiter sind mit der eisenwerkenden Industrie der Ansicht, daß der Schiedsspruch, der eine neue Erhöhung der Selbstkosten mit sich bringt, ein Fehlurteil ist und daß mit der fortwährenden Erhöhung der Belastung ein Ende gemacht werden muß. Wenn die eisenwerkende Industrie auch für die schwierige Lage, in welche die Eisenindustrie durch den Schiedsspruch geraten ist, durchaus Verständnis hat, so vermute sie doch mit Rücksicht auf ihre eigene schwierige Lage und die bereits seit einiger Zeit zurückgehende Beschäftigung ihrer Zustimmung zu den geplanten Maßnahmen nicht zu geben.

Times über den Bund zur Erneuerung des Reichs.

London. In einem Beitrag heißt „Times“ von der „interessanten Bewegung“ in Deutschland, von der die Bildung des Bundes zur Erneuerung des Reichs unter dem Vorsitz Balfours spruce.

Das Blatt bringt die Gründung in Zusammenhang mit der wachsenden Einsicht in die Nachteile des Partikularismus, die durch Parker Gilberts Denkschrift und die daran geknüpften Kommentare deutscher Finanzautoritäten bekräftigt worden sei, und fährt fort: Der Bund ist zweifellos im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen gegründet worden. Die gemäßigten Parteien scheinen den Gedanken des Bundes zu teilen, daß eine von Parteienabstimmung unabhängige Union organisiert werden sollte, um die notwendigen Reformen durchzuführen. Zweifellos würde dadurch die Wohlfahrt, Stabilität und Stärke ganz Deutschlands erheblich gesteigert werden. Es bleibt abzuwarten, ob der deutsche Partikularismus groß und einseitig genug ist, um eine „nationale Union“ dieser Art zu bilden und den Sieg bei den Wahlen zu sichern. Prophezeiungen oder auch nur Mutmaßungen würden gegenwärtig zwecklos sein. Aber die maßgebende Ansicht in Berlin scheint zu sein, daß, was auch immer geschehen möge, die nächste Regierung sehr wohl wiederum das Zentrum bilden und daß Herr Stresemann die auswärtigen Angelegenheiten weiter führen wird. Die Freunde europäischer Verständigung müssen seine fortwährende Anwesenheit in der Wilhelmstraße ernstlich wünschen, aber sie dürfen nicht die Sozialisten und den neuerdings eingetretenen „Rud nach links“ außer Acht lassen.

Tod des Thronfolgers von Tunis.

Paris. Fernand Bey, der zum Nachfolger des Bey von Tunis bestimmt war, ist gestern an typhusartigen Fieber erkrankt.

Die Ursache noch nicht festgestellt.

Hamburg. (Hantspr.) Die Ursache des Explosionsunglücks auf der Barkasse der Hamburger Steuerbehörde (S. u. S.) konnte trotz energischer durchgeführter Untersuchung bisher noch nicht festgestellt werden. Festgestellt ist, daß weder der Bergarbeiter noch der Bergarbeiter explodiert sind. Es scheint vielmehr, als ob sich unter den Flurplatten Benzol, oder Cellulose gebildet haben, die plötzlich zur Entzündung gebracht wurden. Ganz ungeklärt ist, wie dadurch die ungeheure Knall entstehen konnte, der weithin vernehmbar war. Durch die umhergeschleuderten Flurplatten wurden viele Arbeiter an Bord verletzt und trugen Knochenbrüche davon. Einige Arbeiter erlitten auch schwere Brandverletzungen. Das Fahrzeug befand sich zur Zeit des Unglücks im Tau eines Schlepvers, da es im Eise festgeraten war.

Schweres Bergwerksunglück in Columbia.

Über 100 Bergleute eingeschlossen.

London, 12. Januar. Eine „Exchange“-Nachricht aus Cali (Columbia) vom 11. Januar besagt: Infolge eines Einsturzes in dem Tag Goldminen-Bergwerk wurden in einer Tiefe von 300 Meter über 100 Bergleute eingeschlossen. Man fürchtet, daß sie alle tot sind.

Ministerbesprechung über die Wandertouristen.

Berlin. Das Reichskabinett hielt gestern abend eine Besprechung ab, in der die organisatorischen Fragen zur Erörterung standen, die mit der bevorstehenden Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Verwaltungs- und Verfassungsreform zusammenhängen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß dabei auch die Gründung des Bundes zur Erneuerung des Reichs behandelt wurde, dessen Bestrebungen ja mit dem Fragenkomplex der Ministerpräsidenten-Konferenz in sachlicher Verbindung stehen. Die Besprechungen des Reichskabinetts über die Vorbereitung der Ministerpräsidenten-Konferenz werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Die Novelle zum Mieterschutz-Gesetz.

Berlin. Der Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen leitete am Mittwoch die Beratung der Novelle zum Mieterschutz-Gesetz fort. Die die neuen Vorschriften über Kündigung betreffenden Paragraphen wurden im wesentlichen in der Fassung der ersten Lesung angenommen, die Änderungen der zweiten Lesung waren nur formal juristisch. Sie verfolgten den Zweck, eine Verkleinerung der zugelassenen Räumungsskizzen zu Ungunsten des Vermieters zu verhindern. Zu § 14 wurde gegenüber der ersten Lesung der Zusatz gemacht, daß eine Nachprüfung der im Kündigungsschreiben geltend gemachten Aufhebungsgründe auch dann nicht zulässig sein sollte, wenn der Mieter innerhalb der Wiederprüfungsfrist dem Vermieter erklärt hat, daß er die Herausgabe des Mietraums ablehnt. Weiterberatung Donnerstag.

Das amerikanische Marinebauprogramm.

Washington. Der Flottenausschuß des Repräsentantenhauses trat gestern in die Beratung des neuen Marinebauprogramms ein. Der Marineminister führte dabei aus, Amerika benötige eine erstklassige Flotte und wenn die Regierung auch kein Betrüben beabsichtige, so müßte doch bei jedem Bauprogramm die Flottenstärke der anderen Länder berücksichtigt werden. Das vorliegende Programm schaffe eine Flotte, die den Schutz der amerikanischen Bürger im Ausland eine Zukunft für sie bei Unruhen, die Verteidigung der Handelsstraßen und des Heimatlandes sicherte. Jede Verzögerung in der Annahme des Programms würde Amerika von der Flottengleichheit mit England noch weiter entfernen, als dies jetzt bereits der Fall sei. Die angeforderten 25 Kreuzer sollen je 10 000 tons Verdrängung haben und mit achtzig Geschützen ausgestattet werden. Zusammen mit den bereits in Bau genommenen acht Schiffen gleicher Größe und den bereits gebauten 10 Kreuzern von je 7500 tons werde die amerikanische Kriegsmarine über 43 moderne Kreuzer verfügen.

Zum Fortkhaushalt.

dessen Vorberatung der preussische Hauptauschuß in den letzten Abendstunden abschloß, wurden Anträge angenommen, die u. a. Verbesserung der Rentabilität der Fortverwaltung, Erhaltung der Sägewerke und des mittleren und kleinen Holzhandels und Verbesserung des staatlichen Fortbestandes verlangen. Am Donnerstag wird der Geküsterrat beraten.